

Vorwort

Diese Arbeit ist im Rahmen des DFG-Projekts *Universität, Wissenschaft und Öffentlichkeit. Die Universität Freiburg, ihre Mediziner und Geisteswissenschaftler ca. 1945–1970* entstanden. Sie wurde im Sommersemester 2017 von der Philosophischen Fakultät der Universität Freiburg als Dissertation angenommen und im Oktober 2017 mit dem Ralf-Dahrendorf-Preis ausgezeichnet. Mein Dank gebührt der DFG, die diese Arbeit finanziert, der Jubiläumsstiftung der Universität Freiburg, die den zügigen Abschluss gefördert sowie der Badischen Zeitung, die diese Arbeit mit dem Ralf-Dahrendorf-Preis ausgezeichnet hat. Vielen Dank auch an den DAAD, der eine Reise zur Konferenz der German Studies Association in Denver, CO finanzierte. Diese und die vielen anderen Workshops und Tagungen haben Raum für Diskussionen und Austausch geschaffen, die von unschätzbarem Wert für diese Arbeit waren.

Allen, die diese Arbeit ermöglicht haben, möchte ich danken. Es sind viele, hier seien nur einige genannt.

An erster Stelle danke ich Sylvia Paletschek für die ausdauernde Betreuung und ihr Vertrauen, ihre herausragende Expertise sowie die institutionelle Anbindung und materiellen Ressourcen, mit denen sie mir den Rücken freihielt. Livia Prüll bin ich für die anhaltend engagierte Unterstützung, intensive Beratung und Motivation sehr verbunden. Für erfahrungsgesättigte, erfrischend trockene Kommentare, Einwände und klugen Rat danke ich Willi Oberkrome, Ulrich Bröckling für seine interessierten Fragen.

Mein täglicher Dank galt über viele Monate hinweg Alexander Zahoransky, der immer und immer wieder meterweise Quellenmaterial für die nimmersatte „Aktensresserin“ aus dem Magazin des Universitätsarchivs holte. Zu solcher Sättigung wie auch zu Feierabendproviand trug Dieter Speck mit der ein oder anderen Erlaubnis zum Fotografieren bei. Auch dem Team des SWR-Archivs in Baden-Baden danke ich für die Einsicht in die Rundfunkvorträge und Korrespondenzen sowie die vielen Kopien. Mein herzlicher Dank für die hilfsbereite Unterstützung richtet sich auch an das Archiv für Soziale Bewegungen e. V. Freiburg. Den Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die bereitwillig mit mir sprachen, über die Vergangenheit nachdachten, viel erklärten, viel erinnerten und derweil den historischen Spin erfahrbar machten, bin ich verpflichtet. Es waren dies Günter C. Behrmann, Ignaz Bender, Petra Halder-Sinn, Frank-Rutger

Hausmann, Wilhelm Hennis, Hans Peter Herrmann, Ute Guzzoni, Hans Maier, Carl Pietzcker, Dieter Oberndörfer, Otto Gerhard Oexle, Gottfried Schramm und viele andere, darunter immer wieder mittwochnachmittags im Café mein Lieblingszeitzeuge Ulrich.

Meinen Kolleginnen und Kollegen gilt mein besonderer Dank. Sebastian Brandt, Nadine Kopp und Stefanie Knebelspiess danke ich für den harmonischen Austausch, die gute Zusammenarbeit und die gemeinsame Konferenzorganisation im Rahmen unseres DFG-Projekts. Für ihr Ohr, ihre Perspektiven, viele Gespräche und ihre Freundschaft danke ich Anna Lux, Marie Muschalek, Mirjam Höfner, Melanie Fritscher-Fehr, Olaf Schütze, Antje Harms, Miriam Bräuer und Isabelle Zink. Sie haben den ein oder anderen Teil, manche auch die gesamte Arbeit, teilweise mehrfach Korrektur gelesen, dabei mitgedacht und nicht an Wissen und Gründlichkeit, Fragen und Nüchternheit, Witz, Stil und Nerv sowie Blick für's Detail gespart.

Für stetige Unterstützung, Pragmatismus und immerwährenden Humor danke ich Herwig, Corinna, Dorothea, Maria und Wolfgang Klein.

Mein innigster Dank gilt schließlich den Fröschen, denen dieses Buch gewidmet ist.

Freiburg, im Oktober 2019

Christa Klein

1. Einleitung

Bildungsexpansion, Krisenrhetorik, Reformstau

1.1 Fragestellung, Untersuchungsgegenstand, Zeitraum

„Als im Sommersemester 1911 an der Universität Freiburg i. Br. der 3000. Student immatrikuliert wurde, gab die Stadt ein großes Fest“, berichtete der Freiburger Mediävist und Hochschulpolitiker Gerd Tellenbach in einem Vortrag zum „Hochschullehrer in der überfüllten Hochschule“ im Rahmen des Hochschulverbandstags 1959.¹

1957 wurde in Freiburg der 7000., 1958 der 8000., 1959 der 9000. Student immatrikuliert. Der Oberbürgermeister hat zwar in den beiden letzten Jahren den Jubiläumsstudenten nach alter Tradition eine goldene Uhr überreicht, und man hört, er wolle es auch in diesem Jahr wieder tun. Aber Feste werden aus diesem Anlaß nicht mehr gefeiert, und Lehrkörper, Regierungen, Parlamente und Berufsverbände sehen das Ansteigen der Studentenzahlen mit Sorge.

Die Freiburger Universität war im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts von einer der kleinen zu einer der größeren deutschen Universitäten aufgestiegen.² Diesen Prozess feierten die Professoren gemeinsam mit der Stadt zwischen 1885 und 1911 als einen großen Aufschwung.³ Demgegenüber war eine solche Euphorie kaum noch zu spüren, als Mitte der 1950er Jahre erneut ein Wachstum der Studierendenzahl einsetzte. Die Nachfrage nach akademischen Fachkräften im Zuge des Wirtschaftsaufschwungs und internationalen Konkurrenzen gepaart mit dem gesellschaftlichen Aufstiegsstreben führten zu einer Ausweitung der Bildungsbeteiligung, die als „Bildungsexpansion“ bekannt geworden ist.⁴ Bundesweit stieg zwischen 1954 und 1960 die Quote der Stu-

1 Tellenbach (1963[1959]a), S. 183. Das folgende Zitat ebd.

2 Vgl. Paletschek (2007), S. 47.

3 Zum „Universitätsranking“ um die Jahrhundertwende vgl. Paletschek (2010a).

4 Diese Entwicklung zeichnete sich auch in anderen Staaten ab, vgl. bspw. für England Peden (1993), S. 64.

dienanfänger_innen von 4,9 auf 6,5 % und bis 1966 auf 11,8 % der 19- bis 29-Jährigen.⁵ Diese Akademisierungsprozesse⁶ machten eine gesellschaftliche Neupositionierung deutscher Universitäten, die Entwicklung neuer Selbstverständnisse und institutionelle Reformen notwendig – und dies insbesondere an Philosophischen Fakultäten, an denen die Studierendenfrequenz am schnellsten stieg.⁷

Obleich die steigende Frequenz auf eine hohe Nachfrage nach Studienplätzen und damit auf einen universitären Bedeutungszuwachs verweist, begriffen die Professoren⁸ diesen Prozess als Entwicklung zur „Massenuniversität“ und universitäre Krise. Mit dieser Perspektive schlossen sie an kulturkonservative Krisendiskurse an, die bereits in der Ersten Nachkriegszeit weit verbreitet waren. Insbesondere die Professoren der Philosophischen Fakultät plädierten mit ihrer Krisenrhetorik für Reformen im Sinne der deutschen Universitätsidee,⁹ die sie zum überzeitlichen Ideal erklärten: Kulturkonservative Krisenrhetorik und ihr Pendant, die idealistische „Selbstbehauptung“¹⁰ setzten den diskursiven Rahmen für die öffentlichen Aushandlungen um Hochschulreformen. Als normative Diskursstrategie zeichnete sich idealistische Krisenrhetorik dadurch aus, dass sie mit dem Bezug auf Ideale von konkreten Verhältnissen abhob,

5 Vgl. Lundgreen (2007a), S. 282, Tab. 2.47. Davon waren bis 1957 ca. 63 % an Universitäten eingeschrieben, 1958–62 waren es ca. 65 %, 1963–71 66–67 %, vgl. ebd., S. 288–289, Tab. 2.51.

6 Das Wachstum der gesellschaftlichen Bildungsbeteiligung, die sich in der steigenden Anzahl an Studierenden niederschlägt, wird hier als Akademisierung bezeichnet. Demgegenüber steht der Begriff Verwissenschaftlichung für die wissenschaftliche Erschließung neuer Bereiche, die sich in der Ausdifferenzierung und Neu-etablierung wissenschaftlicher Disziplinen abzeichnen. Vgl. zu Verwissenschaftlichungsprozessen Raphael (1996a), Szöllösi-Janze (2004).

7 Die Studierendenfrequenz, kurz: Frequenz, bezeichnet den Hochschulbesuch, i. e. die Studierendenanzahl.

8 Mit „Professoren“ werden hier rein männlich Gruppen bezeichnet, mit „Professor_innen“ solche, die auch Frauen umfassten, selbst wenn sie eine Minderheit darstellten. Diese Begriffswahl soll die insbesondere in höheren Positionen fast ausschließlich männliche Besetzung und die klar androzentrische Codierung des universitären Feldes reflektieren wie auch die langsame Integration von Frauen sichtbar machen.

9 Das im 20. Jh. in Rekurs auf Fichte, Steffens, Schleiermacher und Humboldt formulierte deutsche Universitätsideal verschränkte unterschiedliche Ansprüche miteinander: 1. Die Einheit von Forschung und Lehre; 2. Die Freiheit von Forschung und Lehre; 3. *universitas magistrorum et scholarium* als korporative Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden; 4. *universitas litterarum* als Einheit aller Wissenschaften, repräsentiert durch die Philosophische Fakultät; 5. Persönlichkeits- und Charakterbildung statt Berufsausbildung, Wissenschaft als Selbstzweck, Autonomie der Universitäten, vgl. Paletschek (2002), S. 184. Wie die heterogenen Elemente inhaltlich aufgeladen und miteinander konjugiert wurden, variierte historisch wie auch die jeweiligen Interessen, zu deren Legitimation die Chiffre „Humboldt“ herangezogen wurde.

10 Der Begriff „Selbstbehauptung“, der die Verteidigungshaltung ebenso wie den hypothetischen Charakter einer Behauptung transportiert, wird hier als Quellenbegriff aufgenommen. Er ersetzt aber nicht wie in Langewiesches Untersuchung der Universität Tübingen während des NS Rothfels' Analysebegriff der „Nichtgleichschaltung“, vgl. Langewiesche (1997), S. 618. Diese Definition kann in der Form nicht auf Freiburg übertragen werden, da Heideggers Rektoratsrede 1933 die „Selbstbehauptung“ im Titel trägt und einer „Selbstgleichschaltung“ gleichkam, vgl. Heidegger (1983[1933], 2000[1934]), S. 300–301. Anders als bei Tenorth (2010c), S. 13, 41–43 wird „Selbstbehauptung“ hier als normative öffentlichkeitswirksame Diskursstrategie definiert und dadurch von einer Vision wie auch von einer auf Selbstbeobachtung beruhenden Selbstbeschreibung abgegrenzt.

die wahrgenommene Krise zu einer ideellen Krise umgestaltete, deren Lösung dann bestimmte Maßnahmen legitimierte oder delegitimierte.

Diese Arbeit fragt nach dem institutionellen Strukturwandel, den Veränderungen der Krisenrhetorik und ihren jeweiligen Wechselwirkungen. Welche institutionellen Veränderungen lassen sich feststellen, welche Reformen wurden durchgeführt? Wie wirkte sich die idealistische Krisenrhetorik auf die Reformaushandlungen und den institutionellen Strukturwandel aus? Inwiefern handelt es sich um eine fakultär und generationell spezifische Legitimationsstrategie und wie veränderte sie sich im Zuge des Strukturwandels sowie in Interaktion mit Krisendiskursen und Forderungen, die verschiedene Öffentlichkeiten an die Philosophische Fakultät herantrugen? Wie beeinflussten sich institutionelle und ideelle Wandlungsprozesse und welche Rolle spielten Öffentlichkeiten dabei?

Der Fokus meiner Untersuchung richtet sich auf die Freiburger Philosophische Fakultät sowie ihre Professoren im Zeitraum 1945–67. Die Konzentration auf ein Fallbeispiel ermöglicht es, die institutionellen und ideellen Transformationsprozesse in ihrer Bandbreite, ihrer internen Verzahnung und ihren gesellschaftlichen Verflechtungen auch qualitativ zu erfassen. Im Zentrum steht dabei jene universitäre Fakultät, die sich in der Zweiten Nachkriegszeit besonders intensiv mit dem um die Jahrhundertwende popularisierten deutschen Universitätsideal identifizierte und an der sich gleichzeitig auch der stärkste Frequenzanstieg abzeichnete. In dieser Arbeit zeige ich, dass der Anstieg der Studierendenzahlen nicht zu einem entsprechenden Ausbau der Professuren führte. Vielmehr setzten sich die Professoren der Philosophischen Fakultät dafür ein, eine neue Hierarchieebene in den Lehrkörper einzuziehen, die spätestens seit 1960 als „Mittelbau“ diskutiert wurde.¹¹ Der Mittelbau übernahm einen großen Anteil der Forschung und Lehre, verfügte aber kaum über Rechte in der Selbstverwaltung und stand größtenteils in einem Abhängigkeitsverhältnis zu den Professoren. Mit der kontinuierlich sichernden idealistischen Krisenrhetorik beeinflussten die Professoren den Strukturwandel so, dass ihr Elitestatus auch in der „Massenuniversität“ entgegen demokratisierender Partizipationsforderungen gewahrt blieb, wenn nicht gar verstärkt wurde.

Fakultäten stellten relativ selbständige universitäre Einheiten dar, die ihre Struktur und Entwicklung eigenverantwortlich mit dem Kultusministerium aushandelten und sich – repräsentiert durch ihre Dekane und den Senatsbeauftragten der Fakultät – im Senat miteinander koordinierten.¹² Im Rahmen der einzelnen Fakultäten fand die universitäre Selbstverwaltung statt. Sie verliehen die akademischen Grade und vollzogen die Habilitationen. In Abstimmung mit dem Kultusministerium strukturierten sie das Prüfungswesen und regulierten die Abgrenzung und Erweiterung ihrer Einrichtun-

¹¹ Vgl. Fakultätsprotokoll v. 10.12.1960, in: UA Freiburg Nr. B003/799, S. 113.

¹² Vgl. ausführlich Kap. 2.2.

gen, Fachbereiche, Professuren sowie anderer Personalstellen. Sie vergaben Lehraufträge und ergänzten sich selbst durch ihre Berufungsvorschläge.

Unter den fünf Fakultäten der Freiburger Traditionsuniversität stellte die Philosophische Fakultät zunehmend die größte dar: Bereits zu Beginn der 1950er Jahre setzte sie sich aus etwa 1000 Studierenden, 20 Professuren sowie 50 Dozent_innen und Lektor_innen zusammen: Mit einer damals noch ausnehmend guten Betreuungssituation rangierte sie unter den größeren Philosophischen Fakultäten Westdeutschlands. Zudem zeichnete sie sich neben den „soft factors“, die zur Attraktivität der im Weinbaugbiet des südwestdeutschen Dreiländerecks gelegenen Universität Freiburg beitrugen,¹³ durch ihre renommierten Professoren und prominenten Wissenschaftsorganisatoren aus.¹⁴ So galt die „grenznahe und hauptstadtferne“ Albert-Ludwigs-Universität, die Theodor Heuss im Zuge der international beachteten Feier ihres 500-jährigen Bestehens 1957 als „Laboratorium für deutsche Möglichkeiten [Hvh. i. O.]“ bezeichnete,¹⁵ nicht zuletzt aufgrund des Engagements des Mediävisten und Hochschulpolitikers Tellenbach als hochschulreformerische Modelluniversität, die eine Verbindung von Tradition und Fortschritt anstrebte.¹⁶ An ihrem Beispiel lässt sich die institutionelle Expansion in Bezug zu den Krisen- und Selbstbehauptungsdiskursen der damaligen Professoren generation exemplarisch im Kontext wissenschaftsorganisatorischer Interaktionsprozesse regionaler, bundesweiter und internationaler Reichweite ausloten.

Der Fokus auf eine im äußersten Südwesten der Bundesrepublik gelegene Universität bietet sich auch deswegen an, weil sich Wissenschaftsorganisation nach 1945 zunächst vergleichsweise dezentral gestaltete. Freiburg war bis zur Gründung des Landes Baden-Württemberg 1952 die Hauptstadt des Landes Südbaden; das Kultusministerium war in der unmittelbaren Nachkriegszeit sogar in der Universität selbst angesiedelt. 1949 erneuerte das Grundgesetz die Kulturhoheit der Länder, so dass die Bildungspolitik und damit auch die Finanzierung der Universitäten in den Zuständigkeitsbereich der Länder fiel. In den 1950er Jahren wurden allerdings zunehmend

13 Vgl. die Hervorhebung der landschaftlichen Reize in der Selbstbeschreibung der Freiburger Universität, in: Friedrich (1964), S. 66. Vgl. auch Albert-Ludwigs-Universität (1957b), S. 192–194.

14 Eine weitere Besonderheit der Universität Freiburg im Vergleich zu den Nachbaruniversitäten Heidelberg und Tübingen bestand darin, dass an der Theologischen Fakultät Freiburg katholische Theologie, an der Universität Heidelberg evangelische Theologie und in Tübingen beide Theologien gelehrt wurden. Das konfessionelle Moment kristallisierte sich in der Philos. Fak. insbesondere an den Konkordatslehrstühlen, auf die damals ausschließlich Katholiken berufen wurden, was angesichts des protestantischen Überhangs an Professoren der Philos. Fakultät die Verhältnisse etwas ausglich. Vgl. Kap. 4.3.

15 Heuss (1957), S. 24–25. Er bezog sich damit auf den Vormärz; an seiner Charakterisierung Freiburgs als „hauptstadtfern“, wird aber klar, dass er von der Gegenwart bzw. der jüngsten Vergangenheit 1871–1945 sprach. Im Vormärz gehörte Freiburg zu Baden, die relativ nahe Hauptstadt war Karlsruhe.

16 In der unmittelbaren Nachkriegszeit stand Freiburg mit der Entwicklung des *studium generale* Modell, in den 1950er Jahren mit der Einführung von Förderungsassistenturen, die Auswahlprozesse im Rahmen des Honnefer Modells übernahmen, vgl. Tellenbach (1963[1959]b), S. 200–202, vgl. Tellenbach an Ministerialrat Dr. Scheidemann, Bundesinnenministerium, am 18.04.1959, in: UA Freiburg Nr. C0157/57.

Anstrengungen unternommen, über die DFG und den 1957 gegründeten Wissenschaftsrat auch den Bund in die Finanzierung und Planung der Hochschulen einzubinden¹⁷ – Reformpläne, an denen in Bezug auf die Geisteswissenschaften insbesondere Gerd Tellenbach mitwirkte.

In diesen wissenschaftsorganisatorischen Aushandlungsprozessen, die zwischen institutionellem Strukturwandel und öffentlichkeitswirksamen Krisen- und Legitimationsdiskursen vermittelten, spielten Öffentlichkeiten eine wichtige Rolle. Strukturwandel und Reformen wurden keineswegs allein im Rahmen des Fakultätsrats verhandelt. Vielmehr wurden Reformvorschläge auch von außen an die Fakultäten herangetragen und mit verschiedenen gesellschaftlichen Akteur_innen und Institutionen abgestimmt. Die Fakultäten waren dazu angehalten, Kooperationsverhältnisse aufzubauen und ihre Identitätswürfe und Reformanliegen vor einer breiteren Öffentlichkeit zu legitimieren. Die jeweiligen Kooperations-, und Verhandlungspartner_innen werden hier übergreifend als „universitäre Öffentlichkeiten“ bezeichnet;¹⁸ professorale Wissenschaftsorganisation als Interaktionsprozess zwischen Fakultät und (Gegen-)Öffentlichkeiten definiert. Da die Fakultäten zunächst nur über einen minimalen Verwaltungsapparat ohne institutionalisierte Pressestelle verfügten, fiel Wissenschaftsorganisation maßgeblich in den Kompetenzbereich der Professoren: Diese und ihr Entscheidungsgremium, der Fakultätsrat, stehen somit im Zentrum der Analyse.

Die Professoren der Philosophischen Fakultät und insbesondere ihre bundesweit wirkmächtigen Repräsentationsfiguren und international vernetzten Wissenschaftsorganisatoren wie der Historiker Gerhard Ritter (1888–1967), der Mediävist Gerd Tellenbach (1903–99) und der Kultursoziologe und Politikwissenschaftler Arnold Bergstraesser (1896–1964) erreichten diese Öffentlichkeiten teils über ihre Tätigkeiten als *public intellectual*, teils über die Etablierung, die Pflege und den Ausbau regionaler, bundesweiter wie auch internationaler Kooperationsverhältnisse. Unter Wissenschaftsorganisation werden hier die weitläufigen Aufgabenfelder der Selbstverwaltung und Finanzakquise, die damit zusammenhängenden Planungs- und Koordinations-tätigkeiten sowie die Repräsentations-, Kommunikations-, Netzwerks- und Öffentlichkeitsarbeit unterschiedlicher Reichweite begriffen. Sie trugen zur Etablierung von *public relations* auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene sowie zur Vernetzung akademischer, politischer, wirtschaftlicher, militärischer, kirchlicher, zivilgesellschaftlicher u. a. Interessen bei.

17 Vgl. weiterführend zu den wichtigsten hochschulpolitischen Gremien Kap. 2.3.

18 Mit dem Plural von Öffentlichkeit wird hier ähnlich wie mit dem Begriff Teilöffentlichkeiten eine Differenzierung des Öffentlichkeitsbegriffs vorgenommen, vgl. Requate (1999). Schirmmacher legte ein Modell der gestuften Öffentlichkeit von Wissenschaft vor und unterscheidet Fachwissenschaft, Fachkreise, Fachöffentlichkeit, gebildete und interessierte, gelegentlich interessierte und „breite“ Öffentlichkeit, vgl. Schirmmacher (2008), Nikolow (2014). Lux (2014b) bezieht die Studierenden als eigene Teilöffentlichkeit ein. Diese Vorschläge werden hier aufgenommen.

Obleich Wissenschaftsorganisation neben Forschung und Lehre einen steigenden Anteil der professoralen Aufgaben ausmachte, stellten diese Praxen nichts grundsätzlich Neues im Aufgabenbereich geisteswissenschaftlicher Professor_innen dar. Den Typus des Wissenschaftsmanagers gab es bereits im 19. Jahrhundert und er war „keine deutsche Eigentümlichkeit“.¹⁹ Der Terminus „Manager“, der sich in Deutschland zwar erst nach dem Zweiten Weltkrieg einbürgerte,²⁰ wurde zusehends auch auf die professoralen Wissenschaftsorganisatoren gemünzt.²¹ In den Selbstbeschreibungen der Geisteswissenschaftler lässt sich der Begriff hingegen nicht finden, da sie sich als humanistische Gelehrte verstanden.²²

Bei den Professor_innen der Freiburger Philosophischen Fakultät 1945–67 handelt es sich mehrheitlich um die ausschließlich männliche Professoren- und Professorinnen-Generation der Jahrgänge 1886–1910.²³ Da die zwei ersten Professorinnen der Philosophischen Fakultät, die Psychologin Hildegard Hiltmann (1916–2004) und die Professorin für Mittelalterliche Literatur Johanne Autenrieth (1923–96) erst 1960 resp. 1966 hinzukamen und der folgenden Professor_innengeneration der Jahrgänge 1911–35 angehörten, wird hier in Bezug auf die Jahrgänge 1886–1910 von einer Professoren- und Professorinnen-Generation gesprochen, die Jahrgänge 1911–35 hingegen als Professor_innengeneration bezeichnet.²⁴

Die Krisenrhetorik der „Selbstbehauptung“ war in den Vorträgen, Schriften und Reden dieser Professoren- und Professorinnen-Generation der Jahrgänge 1886–1910 omnipräsent und stellte, wie zu zeigen sein wird, die generationsspezifische *illusio*, den unhinterfragten „Corpsgeist“ und die „Eintrittskarte“ zum universitären Feld dar. Daher wird diese Professoren- und Professorinnen-Generation hier als *Krisengeneration* bezeichnet.²⁵

Mit den Jahren 1945 bis 1967 wird ein Zeitintervall gewählt, in dem die Krisengeneration maßgeblich an der Philosophischen Fakultät wirkte. Das Jahr 1945 wird als „Zäsur“ gesetzt, da die Umstrukturierungsprozesse nach Ende des Zweiten Weltkriegs bei allen Kontinuitäten des akademischen Personals neue Voraussetzungen schufen. 1945 und wieder Mitte der 1960er Jahre trat eine Wende der institutionellen Entwicklung wie auch der Krisenrhetorik der Geisteswissenschaften ein.²⁶ Als Ende des hier betrachteten Zeitraums wird mit 1967 das Jahr gewählt, in dem der Hochschulgesamtplan Baden-Württemberg erschien, der eine Demokratisierung des Bildungswesens in Baden-Württemberg anstrebte.²⁷ In diesem Jahr war der Generationswechsel inner-

19 Ash (2010), S. 105.

20 Vgl. Pross (1965), S. 9.

21 Vgl. bspw. Ellrodt (1957), S. 10.

22 Den Typus „Wissenschaftsmanager“ wiesen sie den Naturwissenschaften zu, siehe auch Bourdieu (1988[1984]), S. 206–207.

23 Vgl. ausführlich zum Konzept der Professor_innengenerationen Kap. 4.1.

24 Vgl. weiterführend Anm. 8.

25 Vgl. ausführlich Kap. 4., insbesondere Kap. 4.4.

26 Vgl. Eckel (2008), S. 113, vgl. ders. (2006), S. 367.

27 Vgl. Hahn (1967), S. 11.

halb des Fakultätsrats mehrheitlich vollzogen, der eine veränderte Zusammensetzung und pluralisierte Selbstverständnisse mit sich brachte. Neue institutionelle Reformanliegen, darunter die Teilung der Fakultät in „Fächergruppen“ sowie die verstärkte Integration der Nichtordinarien und Studierenden in die fakultäre Selbstverwaltung gewannen an Bedeutung.²⁸

1.2 Universitätsgeschichte als *missing link*

Anders als die Wissenschaftsgeschichte ist die Universitätsgeschichte nicht als eigenständige historische Teildisziplin mit entsprechenden Professuren im deutschen Universitätssystem verankert. Daraus erklären sich ihre Disparität und die Menge an uneingelösten Desideraten. Universitätsgeschichtliche Forschungsbeiträge sind weitgehend verstreut und „in Arbeiten mit anderem Schwerpunkt verborgen.“²⁹ Trotz dieser „fragile[n] Situation“ ist die Universitätsgeschichte aufgrund ihrer Potenziale und Relevanz für gegenwärtige Reformbestrebungen vergleichsweise breit aufgestellt.³⁰ Neben Überblickswerken zu Universitäten in Europa³¹ und (Daten-)Handbüchern zur deutschen Bildungsgeschichte³² gibt die 1995 gegründete Gesellschaft für Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte (GUW) seit 1998 das *Jahrbuch für Universitätsgeschichte (JbUG)*³³ sowie die Reihe *Veröffentlichungen der Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte* heraus und ermöglicht mit regelmäßigen Tagungen Austausch und Kooperation.³⁴ International sind u. a. mit der *International Commission of the History of Universities* und Konferenzen des *Atelier Heloïse* Plattformen institutionalisiert worden, die die internationale Vernetzung und Methoden der *digital humanities* in der Universitätsgeschichte voranbringen.³⁵ Die Einrichtung von Professor_innenkatalogen und ähnliche Onlineplattformen erweitern bestehende Personalkataloge um neue Datengrundla-

28 Vgl. Arbeitsunterlagen betr. Struktur-Kommission v. 04.12.1967, in: UA Freiburg Nr. 003/816.

29 Vgl. Goldschmidt/Teichler/Webler (1984b), S. VII.

30 Vgl. Paletschek (2011), Füßel (2014), S. 287. Siehe auch die universitätsgeschichtlichen Beiträge in der von Rüdiger v. Bruch begründete Reihe *Pallas Athene* sowie die einschlägigen Schwerpunktheftchen in den Zeitschriften *Geschichte und Gesellschaft*, *NTM* und *Berichte zur Wissenschaftsgeschichte*.

31 Vgl. Rüegg (2010, 2004).

32 Vgl. Lundgreen (2009, 2007a), vgl. Führ/Furck (1988), vgl. Langewiesche/Tenorth (1989a).

33 Auf epochenübergreifender Basis reflektieren diese Bände die universitätsgeschichtliche Themenvielfalt, vgl. u. a. Bruch/Kintzinger/Bungert/Lerg (2017), Bruch/Kintzinger/Füßel/Wagner (2016), Bruch/Kintzinger/Auge/Piotrowski (2015), Bruch/Kintzinger/Asche/Gerber (2013), Bruch/Bott/Kaschuba (2007), Bruch/Bott/Jessen/John (2005).

34 Vgl. Schwinges (2005, 2007, 2008b), ders./Staub (2001), Hesse/Schwinges (2012), Kintzinger/Steckel (2015).

35 Vgl. bspw. die internationalen Zeitschriften *History of Universities*, *Revue d'histoire des sciences et des universités*, *Annali di storia delle università italiane* sowie die *Mitteilungen der Österreichischen Gesellschaft für Wissenschaftsgeschichte*.

gen und Zugriffsmöglichkeiten für vergleichende sozial- und institutionengeschichtliche Analysen.³⁶

Seit dem „Boom“³⁷ der Universitätsgeschichte in den 1980er Jahren, der auf dem Höhepunkt der „Epoche der Sozialgeschichte“³⁸ in Deutschland einsetzte, wird Universitätsgeschichte zunehmend als Gesellschaftsgeschichte geschrieben. Die einseitige Ausrichtung der Universitätsgeschichte auf die „Festschriftennische“ und den „Verwertungskontext“ universitärer Jubiläen wurde durch eine sozialhistorisch reflektierte Universitätsgeschichte aufgebrochen und sukzessive um verschiedene historische Perspektiven erweitert.³⁹ Universitäten werden nicht mehr als geschlossene Entitäten, losgelöst „im Elfenbeinturm“ oder ausschließlich nach Maßgabe des universitären Idealbilds untersucht, sondern eingebettet in gesellschaftliche Verhältnisse.⁴⁰ Durch die Analyse ihrer Gruppen und Akteure, ihrer Bildungs- und Ausbildungsfunktion sowie ihrer Wissensproduktion⁴¹ und Finanzierung⁴² in ihren vielfältigen Verflechtungen werden Universitäten als gesellschaftliche Institutionen sichtbar. „Laudationes“ und universitäre „Egodokumente“⁴³ werden als Repräsentationsquellen des universitären Selbstverständnisses und als kulturelle Interaktionsformen⁴⁴ sowie im Verhältnis zu sozialhistorischen Entwicklungen untersucht.⁴⁵ Sie werden daraufhin überprüft, inwiefern die „Traditionen“, die als Legitimationsbezugsdienste, empirisch bestätigt werden können,⁴⁶ welche Intentionen dahinter standen und welche Funktionen sie jeweils erfüllten. Da die Einflüsse institutioneller und organisatorischer Rahmenbedingungen auf die Wissensproduktion in der Wissenschaftsgeschichte weitgehend ignoriert worden sind,⁴⁷ ist deren universitätsgeschichtliche Erweiterung notwendig. Universitätsgeschichte situiert Diskurse in ihrem sozialen und institutionellen Kontext und stellt damit ein *missing link* zwischen Wissenschafts- und Gesellschaftsgeschichte dar.⁴⁸

36 Vgl. Bruch/Kintzinger/Auge/Piotrowski (2015).

37 Zum universitätsgeschichtlichen „Boom“ der 1980er Jahre vgl. Bruch (1984), S. 3–10.

38 Hölscher (2004), S. 92.

39 Wie einige Studien wiederholt feststellten, birgt die enge Bindung an die Festschriftenkultur die Gefahr, dass Universitätsgeschichte um sich selbst kreist und nicht gesellschaftlich eingebettet wird, vgl. Füssel (2014), vgl. Hammerstein (2013, 1983), Paletschek (2011), S. 176, vgl. Grüttner/Hachtmann/Jarusch et al. (2010a), S. 14. Dennoch wird Universitätsgeschichte meistens im Zuge von Jubiläen geschrieben, vgl. etwa Hoffeld (2007a, 2007 b), Bruch/Tenorth (2010–2012), Prüll/George/Hüther (2019).

40 Vgl. zum Komplex Universitätsgeschichte als Gesellschaftsgeschichte Maurer (2015), S. 13–19.

41 Vgl. Paletschek (2011), S. 183.

42 Vgl. Schwinges (2005).

43 Etzemüller (2007), S. 41, vgl. ders. (2001), S. 45–46.

44 Vgl. Füssel (2006).

45 Paletschek (2001), S. 1.

46 So stellte etwa Schwinges heraus, dass die von Grundmann (1957) vertretene Überzeugung, die „Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden“ sei an Universitäten des Mittelalters verwirklicht worden, eine Legende darstellt, vgl. Schwinges (1986a), S. 2–5, 446, ders. (2008a), S. 130, 341.

47 Vgl. Lingelbach (2007), S. 111, siehe Raphael (1996b).

48 Vgl. Klein/Schütze/Paletschek et al. (2014).